

Datum: 27.06.2014

Privatisierungsbremse: Aktivisten kündigen Klage an

Nach wochenlanger Verzögerung sind die Initiatoren sauer auf die Landesdirektion - und rechnen mit Ablehnung

Von Martin Pelzl

"Ignoranz oder Unfähigkeit?", fragt sich Mike Nagler. Und meint damit die fehlende Reaktion der Landesdirektion auf den Widerspruch der unter anderem von ihm vertretenen Bürgerinitiative "Privatisierungsbremse für Leipzig" gegen die Ablehnung eines Bürgerentscheides seitens des Leipziger Stadtrates im Januar. Zuvor hatten über 26000 Leipziger im Jahr 2013 per Unterschrift die Durchführung eines entsprechenden Bürgerentscheids gefordert. Dieser könnte zukünftige Privatisierungen städtischen Eigentums erheblich erschweren. Denn eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Ratsmitglieder soll zustimmen müssen.

"Laut Aussage des Amtes für Statistik und Wahlen wurde der Widerspruch umgehend an die Landesdirektion Leipzig weitergeleitet", erklärt Nagler. Dies sei vor mehr als drei Monaten gewesen. "Seitdem gab es keinerlei Reaktion - weder von der Stadt noch von der Landesbehörde", moniert der Aktivist. Nicht einmal eine Eingangsbestätigung oder ein Zwischenbescheid sei erteilt worden. "Wir fragen uns, ob der Widerspruch überhaupt bearbeitet wird. Immerhin vertreten wir über 26000 Unterzeichner, die ein Recht darauf haben, dass unsere Einwände gegen die Ablehnung des Bürgerentscheides gehört und in angemessener Weise beantwortet werden", so Nagler, der im Jahr 2008 mit dem ersten erfolgreichen Leipziger Bürgerentscheid für Furore sorgte, der einen Anteilsverkauf der Stadtwerke verhinderte. Nagler vermutet, dass die Verzögerung ganz bewusst erfolgte: "Man wollte das Thema offenbar aus dem Kommunalwahlkampf heraushalten." Das bisherige Schweigen der Landesdirektion müsse man deshalb als Ignoranz interpretieren. Denn mit einer bürgernahen und leistungsfähigen Verwaltung habe das in den Augen der Bürger nichts zu tun. "Wir haben Verständnis, wenn die Bearbeitung und Beantwortung des Widerspruchs längere Zeit beanspruchen sollte - schließlich ist die juristische Materie durchaus komplex und geht vermutlich über das Alltagsgeschäft der Behörde hinaus", so der 35-Jährige. Zumindest eine entsprechende Rückmeldung habe man aber erwartet.

Wie auch immer, Nagler erwartet grundsätzlich sowieso einen ablehnenden Bescheid. "Ja, damit rechnen wir", so der Leipziger, der als Parteiloser 2009 und 2013 für die Linken bei der Bundestagswahl antrat. Um aber klagen zu können, benötige man das Votum der Landesdirektion.

"Die geäußerten Vorwürfe entsprechen nicht mehr ganz der Wahrheit", sagt hingegen Jana Klein, Sprecherin der Landesdirektion. Richtig sei, dass bisher nicht über die Widersprüche entschieden wurde. Jedoch sei allen Widerspruchsführern mittlerweile mitgeteilt worden, dass der Widerspruch der Landesdirektion zur Bearbeitung vorliege. "Da die am 25. Mai stattgefundenen Kommunalwahlen jedoch bereits im Vorfeld einen großen Zeit- und Arbeitsaufwand erforderten, konnten die Widersprüche noch nicht bearbeitet werden", so Klein. Den Einreichern sei aber zugleich mitgeteilt worden, dass sie mit einer Entscheidung bis Mitte Juli rechnen können.

www.privatisierungsbremse.de

Datum: 27.06.2014